

Neben den laufenden Berichten zum Wirtschaftsgeschehen und Untersuchungen zu selbst gewählten Themen erstellt das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung Studien für öffentliche und private Auftraggeber zu wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen. Ein Teil dieser Arbeiten wird vom WIFO publiziert und steht Interessenten gegen einen Druckkostenbeitrag zur Verfügung. Um den Inhalt dieser Bände einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen, bringen die WIFO-Monatsberichte unter der Rubrik „Aus WIFO-Studien“ jeweils Auszüge mit den wichtigsten Ergebnissen (Bestellungen dieser Bücher bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Kautz, Postfach 91, A-1103 Wien, Tel. (1) 798 26 01/282, Fax (1) 798 93 86, oder an den Buchhandel).

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Infrastruktur für Österreich

Margarete Czerny (Koordination), Helmut Kramer, Kurt Kratena, Gerhard Lehner, Wilfried Puwein, Fritz Schebeck

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten

Wien, 1995

ISBN 3-901069-30-5

94 Seiten, S 600,—

Angesichts der angespannten Budgetlage wurden im Rahmen der Maßnahmen zur Budgetsanierung u. a. die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur überdurchschnittlich zurückgenommen. In den kommenden Jahren dürfte diese Tendenz anhalten. Vor diesem Hintergrund hat das WIFO die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Infrastruktur in Österreich neu evaluiert. Unter dem Aspekt eines effizienten Einsatzes öffentlicher Mittel wurden mit dem WIFO-Makromodell insbesondere die Auswirkungen einer Kürzung der Infrastrukturinvestitionen auf öffentliche Budgets (Steuerflüsse, Sozialabgaben usw.) untersucht und diese Effekte mit denen einer Kürzung von Transferzahlungen an private Haushalte verglichen.

Unter Infrastruktur werden in diesem Zusammenhang nicht nur die traditionellen Einrichtungen für den Personen-, Güter- und Nachrichtenverkehr und die Energieversorgung verstanden, sondern im weiteren Sinne auch Wasser- und Wohnungswirtschaft usw.

Kaum ein Bereich der Wirtschaft ist in seiner Bedeutung für die Gesamtwirtschaft so umfassend wie die Infrastruktur. Die Wirkungszusammenhänge von Investitionen in die Infrastruktur sind meist langfristig: Nachteile für die Unternehmen und gesamtwirtschaftliche Verluste infolge unzureichender Infrastruktur treten typischerweise erst dann auf und artikulieren sich erst dann politisch, wenn ihre Korrektur kurzfristig nicht mehr möglich erscheint und damit teurer kommt als rechtzeitige Vorkehrungen. Eine leistungsfähige und intakte Infrastruktur ist eine sowohl für

die Standortwahl als auch für eine günstige Wirtschaftsentwicklung notwendige Voraussetzung

Hohe Multiplikatorwirkungen für Produktion und Beschäftigung

Die Studie berechnet die Impulse für die österreichische Volkswirtschaft, die von Infrastrukturinvestitionen ausgehen, die direkten und indirekten Effekte auf Inlandsnachfrage (Multiplikatorwirkungen) und Beschäftigung mit Hilfe der Input-Output-Analyse neu. Demnach beträgt der Multiplikator für Infrastruktur- bzw. Bauinvestitionen 1,51: Bauinvestitionen von 1 Mrd. S lösen insgesamt 1,5 Mrd. S an gesamtwirtschaftlicher Produktion aus. Für Tiefbauinvesti-

tionen ergibt sich wegen des niedrigen Importgehalts ein etwas höherer Multiplikatoreffekt als für Hochbauinvestitionen. Ausgaben für Infrastrukturbauten haben somit eine der höchsten Multiplikatorwirkungen aller Nachfrageaggregate: Der entsprechende Multiplikator der Exporte beträgt 1,49, für den privaten Konsum 1,31, für Ausrüstungsinvestitionen 0,75 und für Fahrzeuginvestitionen 0,47.

Zugleich sind Infrastrukturinvestitionen unter den produzierenden Bereichen am beschäftigungsintensivsten: 1 Mrd. S an Bauinvestitionen erfordert durch die direkt in der Bauwirtschaft und indirekt in den Vorleistungsbranchen erbrachten Leistungen 1 690 Beschäftigte. Wegen der höheren Arbeitsintensität ist der Beschäftigungsmultiplikator mit 1 810 im Wohnbau am höchsten (Straßenbau 1 420, sonstiger Tiefbau 1 450). Wesentlich niedriger ist diese Kennzahl für den privaten Konsum (1 120) und die Exporte (1 390).

Mit ökonomischen Produktivitätsfunktionen wurde im Rahmen des Input-Output-Modells des WIFO errechnet, wie stark die Produktivität steigt, wenn die Produktion um 1% zunimmt. Demnach ist die Umsetzung von Produktion in Beschäftigung in der Bauwirtschaft besonders hoch. Im Bereich der Infrastruktur- und Bauinvestitionen reagiert die Beschäftigung rascher auf Nachfrageschwankungen als in den meisten anderen Wirtschaftssektoren.

Hohe Inlandswirksamkeit

Infrastrukturinvestitionen sind in hohem Maße inlandswirksam — sie kommen vorwiegend der heimischen Wirtschaft zugute. Sie haben einen geringeren Importanteil als z. B. der private Konsum, Ausrüstungsinvestitionen oder Fahrzeuginvestitionen. Der gesamte Importgehalt der Infrastrukturinvestitionen lag 1983 bei durchschnittlich 20% und stieg 1992 auf 26%.

Im Tiefbau ist der direkte Importanteil sehr gering. Nur die indirekten Importe (über die Vorleistungen) erreichen einen etwas größeren Anteil. Der Hochbau ist generell stärker importabhängig. Vor allem die Vorleistungen der Gütergruppen Steine und Glas, Holz, Elektromaterial sowie Metalle für den Wohnungsbau und den sonstigen Hochbau bewirken eine bedeutende Importnachfrage.

Kürzung von Infrastrukturinvestitionen: deutliche gesamtwirtschaftliche Konsequenzen

Mit dem WIFO-Makromodell wurde das Ausmaß der Auswirkungen einer Kürzung der öffentlichen Investitionen auf die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Größen geschätzt. Den Berechnungen lag die Annahme einer Verringerung der Infrastrukturinvestitionen um jährlich 4 Mrd. S von 1995 bis 1998 zugrunde. Diese Annahme beruht auf Unterlagen des Wirtschaftsministeriums, das bereits für 1995 eine Einschränkung der Infrastrukturausgaben aller öf-

Produktions- und Beschäftigungsmultiplikatoren ausgewählter Endnachfragekategorien

Übersicht 1

1992

	Inlandswirksamkeit	Produktionsmultiplikator	Beschäftigungswirkung
	Endnachfrage minus direkte Importe	Von einem Nachfrageimpuls von 1 Mrd. S ausgelöste inländische Produktion	Zahl der Erwerbstätigen je Mrd. S an Ausgaben
	In % der Endnachfrage	Mrd. S	
Infrastrukturinvestitionen (Bauten)	93,2	1,5	1 690
Privater Konsum	81,7	1,3	1 120

fentlichen Rechtsträger, einschließlich der Wohnbauförderung, um mehr als 4 Mrd. S vorsieht.

Nach den Berechnungen entsprechen jährliche Investitionseinsparungen von 4 Mrd. S nominell jeweils einem unmittelbaren realen Investitionsausfall von 2,9 bis 2,7 Mrd. S in den Jahren 1995 bis 1998. Das reale Niveau des Brutto-Inlandsproduktes würde dadurch aufgrund der dynamischen Multiplikator- und Akzeleratorwirkungen im

Eine Kürzung der öffentlichen Investitionen dämpft das Wirtschaftswachstum deutlich stärker als eine Einschränkung von Transferzahlungen. — Investitionskürzungen werden nur zu 60% in einer Senkung des Defizits im Bundeshaushalt wirksam. — Die Einschränkung von Transferzahlungen reduziert das Budgetdefizit stärker als Investitionskürzungen.

WIFO-Modell um 0,2% pro Jahr sinken. Die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage resultiert aus einem Rückgang des privaten Konsums und niedrigeren Investitionsausgaben des öffentlichen und privaten Sektors. Die Importe von Gütern und Dienstleistungen verringern sich gleichzeitig real um 0,3% jährlich; die Leistungsbilanz verbessert sich in der Folge bis 1998 um fast 3 Mrd. S.

Die Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat im vierten Jahr der Budgetkonsolidierung Beschäftigungseinbußen von knapp 3 700 Personen zur Folge. Die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte sinken um 0,2% pro Jahr. Die Ausgabensenkungen ziehen aber zunehmende Einnahmefälle nach sich. Diese Einbußen würden 1998 bereits 2,5 Mrd. S betragen: Sie entstehen durch Mindereinnahmen an direkten Steuern von 0,8 Mrd. S, an Sozialversicherungsbeiträgen von 0,6 Mrd. S und an indirekten Steuern von 1,1 Mrd. S.

Die Senkung der Infrastrukturinvestitionen schlägt nur zu 60% auf das Staatsdefizit (Net Lending laut VGR) durch: Die Staatsschuld wäre nach vier Jahren (1998) um 9,7 Mrd. S geringer, wenn jährlich jeweils um 4 Mrd. S weniger an öffentlichen Investitionen ausgegeben würde.

Als alternativer Beitrag zur Konsolidierung des Staatshaushalts wurde eine Kürzung der Transfers an private Haushalte im gleichen Ausmaß (4 Mrd. S) simuliert. Die Konsolidierungseffekte unterscheiden sich erheblich von den Effekten der Investitionskürzung:

Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 4 Mrd. S 1995 bis 1998, kumuliert *Übersicht 2*

	BIP Kumuliert, nominell in Mrd. S	Staats- schulden nominal	Beschäftigte Nach vier Jahren
Senkung der Infrastrukturinvestitionen	-20,3	- 9,7	-3 700
Senkung der Transferzahlungen an private Haushalte	- 6,0	-12,8	- 900
Differenz	14,3	3,1	2 800

Die Einnahmehausfälle wären (1998) um 1 Mrd. S geringer als im Investitionssenkungsszenario. Kumuliert würde sich bei Kürzung der Transferzahlungen hingegen bis 1998 die Staatsschuld um 12,8 Mrd. S verringern, die Beschäftigungseinbußen betragen im vierten Jahr nur 900 Personen.

Während Einsparungsmaßnahmen im Bereich der Infrastruktur fast vollständig im Inland wirksam werden und deutliche negative Auswirkungen vor allem auf Produktion und Beschäftigung zeigen, schlägt eine Senkung der Transferzahlungen an private Haushalte in geringerem Maße auf die inländische Nachfrage und Beschäftigung durch. Bei einer Senkung der öffentlichen Investitionen (jährlich 4 Mrd. S) verringert sich das nominelle BIP in vier Jahren kumuliert um 20,3 Mrd. S, bei einer Kürzung der Transferzahlungen hingegen um nur 6 Mrd. S.

Die Studie des WIFO kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

- Wegen der hohen Multiplikatoreffekte und starken Inlandskomponente dämpfen Ausgabenkürzungen im Infrastrukturbereich die Nachfrage und Beschäftigung stärker als etwa Kürzungen von Transferzahlungen und können das gesamtwirtschaftliche Wachstumspotential längerfristig beeinträchtigen. Eine anhaltende massive Drosselung der Infrastrukturinvestitionen könnte zu-

dem längerfristig die Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Österreich deutlich trüben.

- Generell besteht an der Leistungsfähigkeit der Infrastruktur ein gesamtwirtschaftliches Interesse, das aber im allgemeinen kaum von individuellen Interessenvertretern geschützt wird. Politisch viel gewichtiger sind organisierte Interessen, die auf die kurzfristige Maximierung von Realeinkommen oder Beschäftigung gerichtet sind. Zudem sind öffentliche Investitionen von den Budgetkonsolidierungsmaßnahmen besonders stark betroffen, weil sie meist „Ermessungsausgaben“ sind und ihre Kürzung keiner Modifikation von Gesetzen bedarf. An der Infrastruktur zu sparen, ist daher besonders naheliegend und problematisch.
- Der Wirtschaftsstandort Österreich befindet sich in einer historisch chancenreichen Situation, die nicht durch ungenügende Ausstattung und Engpässe der Infrastruktur verspielt werden darf, weil das Aufholen von Versäumnissen entweder unmöglich oder viel kostspieliger wäre.
- Auch kurzfristig läßt sich nachweisen, daß durch Infrastrukturaufwand mehr Beschäftigung, Einkommen und Steuerertrag geschaffen wird als etwa durch den Konsum der öffentlichen Haushalte. Eine wichtige Erklärung dafür ist, daß der Importbedarf zur Bereitstellung von Infrastruktur geringer ist als im Durchschnitt für den privaten und öffentlichen Konsum, für Auswirkungsinvestitionen und Exporte.

Mit der Feststellung der gesamtwirtschaftlichen Schlüsselrolle der Infrastruktur ist insbesondere das Finanzierungsdilemma angesichts eines defizitären Staatshaushalts nicht gelöst. Es ist daher dringend zu fordern, daß Betriebs- und Finanzierungsalternativen zu den kaum mehr gangbaren traditionellen Formen entwickelt und auf ihre langfristigen Konsequenzen geprüft werden — umso mehr, als sich im Ausland durchaus erfolgreiche Beispiele privater Beteiligung an Infrastrukturinvestitionen finden lassen.

Das WIFO veranstaltet gemeinsam mit dem osteuropäischen Euroconstruct-Partner (Bau-Data Hungary) die nächste Euroconstruct-Konferenz in Ungarn. Die Tagung vermittelt den Entscheidungsträgern der Bauwirtschaft Grundlagen für die strategische Planung und faßt die kurzfristigen und längerfristigen Prognosen der Baumärkte (Wohnbau, Nicht-Wohnbau, Tiefbau, Sanierungs- und Modernisierungssektor) für 19 europäische Länder zusammen. Darüber hinaus bietet sie strategische und regionale Analysen sowie Finanzierungsperspektiven für Investitionen in Osteuropa. Unter den Teilnehmern sind Vertreter der größten europäischen Banken und Investoren, nationaler und internationaler Unternehmen, der Bau- und Bauzulieferindustrie, Infrastrukturanbieter sowie Experten der Energiebranche. Die Konferenz steht unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters von Budapest.

40. Euroconstruct-Konferenz: Perspektiven für ein größeres Europa

Hotel Atrium Hyatt

1. – 2. Dezember 1995

Budapest

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE AUSSICHTEN FÜR EUROPA 1996/97 (Jan Stankovky, WIFO) —
DER EUROPÄISCHE BAUMARKT 1996/97 (Margarete Czerny, WIFO) — DIE BAUWIRTSCHAFT
DER „FÜNF GROSSEN LÄNDER“ (Jacquie Cannon, CFR, Großbritannien) — AUSSICHTEN FÜR
INVESTITIONEN BIS 2000: INVESTITIONSPOLITIK DER EBRD (Ákos P. Bod, Europäische Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung, Großbritannien) — WIRTSCHAFTSBELEBENDE
AUSWIRKUNGEN DES AUSBAUS DER INFRASTRUKTUR IN OSTEUROPA (Péter Scharle,
KHVM, Ungarn)

DIE BAUMÄRKTE OST-MITTELEUROPAS (Anna Gáspár, Bau-Data, Ungarn) —
WOHNUNGSPERSPEKTIVEN POLENS (Henryk Hayduk, IGM, Polen) — BEDÜRFNISSE UND
ZAHLUNGSFÄHIGKEIT: DER BAUMARKT RUSSLANDS (Larisa Barinova, VNIIESM, Rußland) —
PERSPEKTIVEN DES BAUMARKTES DER BALTISCHEN LÄNDER (Pekka Pajakkala, VTI,
Finnland) — BAUTRENDS IN EUROPA BIS 2000: ZUSAMMENFASSUNG DER
MITTELFRISTIGEN PROGNOSEN VON EUROCONSTRUCT (Hans Graf, SGZZ, Schweiz)

ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN BUDAPESTS (Pál Vajda, stv. Bürgermeister Budapest) — NEUE
FINANZIERUNGSINSTRUMENTE FÜR DEN WOHNUNGSBAU IN OSTEUROPA:
DAS BAUSPARSYSTEM (Erich Rainbacher, Raiffeisen-Bausparkasse, Österreich) —
FINANZIERUNG VON GROSSPROJEKTEN IN OSTEUROPA (PODIUMSDISKUSSION)

Anmeldung bis 15. November 1995 bitte an Dr. Margarete Czerny, WIFO, Postfach 91, A-1103 Wien,
Tel. (+43 1) 798 26 01/225, Fax (+43 1) 798 93 86, oder an Anna Gáspár, Bau-Data Hungary,
Dorozsmai út 110. H-1142 Budapest, Tel. (+36 1) 252 5454, Fax (+36 1) 252 6518